

Die Schweiz muss Position beziehen

Was Karin Keller-Sutter über die Rede des US-Vizepräsidenten sagt, ist falsch und gefährlich. Stattdessen sollte der Bundesrat endlich seine Verantwortung wahrnehmen – gerade auch für die Beziehungen zur EU.

Ein Gastbeitrag von Corina Gredig, 19.02.2025

Die Rede des US-Vizepräsidenten J. D. Vance an der Münchener Sicherheitskonferenz hat ein politisches Beben ausgelöst. Dort behauptete J. D. Vance am letzten Freitag, dass nicht etwa autoritäre Regimes wie Russland und China die grösste Bedrohung für Europa seien – trotz ihrer systematischen Unterdrückung der Meinungsfreiheit, ihrer massiven Zensur und der Verletzung von Menschenrechten. Stattdessen sprach er von «inneren Gefahren» in Europa, die ihm am meisten Sorgen machten.

Vances Aussagen verharmlosen die kriegerische Aggression von autoritären Staaten. Sie ignorieren die Realität. Russland führt einen Angriffskrieg gegen das Nachbarland Ukraine, Kritiker wie Alexei Nawalny werden beseitigt, unabhängige Medien sind längst verboten. Vergleichbar sieht es in China aus, wo Zensur und Überwachung Alltag sind.

Zur Autorin

Corina Gredig ist seit 2019 Nationalrätin und seit 2023 Fraktionspräsidentin der Grünliberalen. Sie hat Politik und Volkswirtschaft studiert und lebt in Zürich.

Aufhorchen liess deshalb die Reaktion der Schweizer Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter: Die FDP-Politikerin bezeichnete die Rede in einem Interview mit der Westschweizer Zeitung «Le Temps» als «liberal» und «in einem gewissen Sinne sehr schweizerisch». Eine solche Einordnung zeugt nicht nur von einem verzerrten Liberalismus-Begriff, sondern steht auch im Widerspruch zur Schweizer Bundesverfassung.

Ein schweizerischer Grundwert

Liberalismus ist mehr als eine hohle Phrase oder ein reines Wirtschaftsmodell. Er ist ein Wertekompass, der Freiheit nicht von Verantwortung trennt. Individuelle Rechte müssen geschützt und gleichzeitig müssen demokratische Strukturen gesichert und gestärkt werden.

Der Liberalismus ist das Fundament moderner demokratischer Gesellschaften. Seinen Ursprung hat er in der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts, als Denker wie John Locke, Montesquieu und später Alexis de Tocqueville Ideen entwickelten, die sich gegen die absolute Herrschaft richteten und individuelle Freiheitsrechte einforderten. Diese Konzepte wurden prägend für die Amerikanische und die Französische Revolution und fanden später ihren Weg in viele demokratische Verfassungen, darunter auch jene der Schweiz.

Die Schweiz war stets ein Land, das sich auf liberale Prinzipien stützte. Nach den turbulenten Jahren zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde mit der Entstehung des Bundesstaates von 1848 die Basis für eine moderne, demokratische Gesellschaft geschaffen, die wirtschaftliche Freiheit, Menschenrechte, politische Partizipation und Rechtsstaatlichkeit als ihre Grundwerte definiert. Die direkte Demokratie und der starke Schutz der individuellen Freiheitsrechte sind Errungenschaften, die wir niemals als Selbstverständlichkeiten betrachten dürfen.

In Zeiten geopolitischer Unsicherheiten, wirtschaftlicher Herausforderungen und technologischer Umbrüche gerät das liberale Erbe jedoch immer wieder unter Druck. Populistische Bewegungen und autoritäre Ideologien bedrohen die Grundlagen des liberalen Denkens, indem sie Freiheit mit blosser Willkür verwechseln und gesellschaftliche Verantwortung nur noch als Belastung betrachten. Deshalb muss gerade heute daran erinnert werden, dass Liberalismus nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten mit sich bringt: zur Verteidigung der Demokratie, zur Wahrung der Menschenrechte und zur aktiven Gestaltung der Zukunft.

Schutzschild gegen autoritäre Strömungen

Die Schweizer Verfassung ist das direkte Gegenmodell zum Machtgebaren jener Staaten, die hegemoniale Ansprüche stellen und damit liberale Prinzipien untergraben.

Es sind die Werte, welche die Schweiz ausmachen, die in der Bundesverfassung verankert sind: Freiheit und Rechte für alle, Chancengleichheit, nachhaltige Entwicklung, Einsatz für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung. Diese Prinzipien sind nicht nur die Grundlage unseres Zusammenlebens, sondern bilden auch die Wertebasis des Liberalismus. Sie verpflichten uns, autoritären Bedrohungen wie jenen durch Russland und China entschieden entgegenzutreten.

Die russische Aggression gegen die Ukraine zeigt in aller Deutlichkeit, dass Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeiten sind. Der Ausgang dieses Krieges wird

nicht nur über die Zukunft der Ukraine, sondern über die gesamte Sicherheitsarchitektur des europäischen Kontinents entscheiden.

In einem geopolitischen Umfeld, in dem der amerikanische Schutzhelm nicht mehr in bisheriger Form garantiert ist, ist die Schweiz umso mehr auf stabile und verlässliche Beziehungen zu ihren Nachbarn angewiesen. Ein starkes, geeintes Europa eröffnet nicht nur wirtschaftliche Chancen, sondern ist heute eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Deshalb muss die Schweiz eine klare Haltung entwickeln und eine aktive Rolle übernehmen, um ihre Beziehungen zur EU möglichst konstruktiv zu gestalten und ihre Position in Europa zu festigen.

Europa als Partner in unsicheren Zeiten

Doch neben ihren fragwürdigen Aussagen zu J. D. Vance sorgte Karin Keller-Sutter im gleichen Interview auch mit ihrer Haltung zum Vertragspaket mit der EU für Stirnrunzeln. Dieses hat der Bundesrat nach zähem Ringen Ende 2024 fertig verhandelt. Man könnte also meinen, die Landesregierung und damit auch die Bundespräsidentin stünden hinter dem Ergebnis und seien bereit, dieses der Bevölkerung schmackhaft zu machen.

Aber weit gefehlt: Keller-Sutter sieht sich bloss in der Rolle der Vermittlerin. Überzeugungsarbeit sollen andere leisten. Namentlich die Wirtschaft müsse nun Verantwortung übernehmen und erklären, warum es die Bilateralen III zwischen der Schweiz und der EU braucht, findet sie. Diese passive Haltung überrascht und enttäuscht.

Die Schweiz ist keine Aktiengesellschaft, in der wirtschaftliche Akteure die politische Verantwortung tragen. Sie ist eine Demokratie mit einer Regierung, die für das Wohl der Bürgerinnen einstehen sollte. Die engen Verflechtungen mit Europa erfordern eine strategische und konsequente Führung durch den Bundesrat. Gerade in instabilen Zeiten ist es die Aufgabe der Regierung, nicht auf wirtschaftliche Interessenvertreter zu warten, sondern aktiv für ein stabiles Verhältnis zu unseren mit Abstand wichtigsten Partnerinnen einzutreten.

Anstatt gegenüber der neuen US-Regierung einen Bückling zu machen und sich beim Europa-Dossier weitgehend zu enthalten, sollte der Bundesrat mehr Haltung zeigen. Haltung gegenüber Autokraten und jenen, die diese bewundern. Haltung gegenüber der liberalen Demokratie, die es zu verteidigen gilt. Haltung auch gegenüber der eigenen Bevölkerung, welcher er die neuen bilateralen Verträge, die die Schweizer Landesregierung nun erfolgreich ausgehandelt hat, als Chance für die Zukunft der

Schweiz präsentieren sollte. Und Haltung gegenüber Europa, indem er aktiv zur europäischen Zusammenarbeit beiträgt.

In wenigen Wochen findet in Tirana das sechste Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft statt. Die Schweiz ist Teil dieser Plattform. Auch diese Gelegenheit, sich klarer zu positionieren, muss wahrgenommen werden.